

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP)
KOM-Nr.:	COM(2024) 150 final
BR-Drucksache:	165/24
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	
Zielsetzung:	Re-industrialisierung der europäischen Verteidigungsindustrie sowie Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Einsatzbereitschaft. Ziel ist es, die nationalen Streitkräfte und die europäische Sicherheitspolitik zu stärken, indem die Beschaffung verstärkt über den Binnenmarkt erfolgen soll.
Wesentlicher Inhalt:	Am 5. März 24 haben die KOM und Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der KOM, die erste Strategie für die Verteidigungsindustrie auf EU-Ebene vorgelegt (EDIS), ergänzt um einen ersten Legislativvorschlag zur Umsetzung dieser Strategie (EDIP). Beide Vorhaben sollen die europäische Verteidigungsindustrie re-industrialisieren sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Einsatzbereitschaft verbessern. Ziel ist es, die nationalen Streitkräfte und die europäische Sicherheitspolitik zu stärken, indem die Beschaffung verstärkt über den Binnenmarkt erfolgen soll. Bisher flossen 70 Prozent der Ausgaben aus der EU. Nun sollen bis 2030 mindestens 50 Prozent der jeweiligen

Verteidigungsbudgets in der EU eingesetzt werden, bis 2035 sogar 60 Prozent. Historisch bedeutet dies eine Abkehr von der sogenannten Friedensdividende, die durch die geringen Investitionen nach dem Ende des Kalten Krieges möglich wurde. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen auf die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigung. Das Programm gibt der KOM auch die Möglichkeit, den Kauf von Ausrüstungsgütern im Namen der Mitgliedstaaten zu organisieren. Dadurch soll das Investitionsrisiko für die Hersteller verringert und die im Verhältnis zu dem, unter anderem in der Ukraine, benötigten Material ungenügende Produktion angekurbelt werden. Die bisherigen europäischen Beschaffungsprogramme laufen im Jahr 2025 aus. Die KOM hat einen Fonds vorgestellt, um die europäische Rüstungsproduktion anzutreiben. Die Mittel sind daher dazu bestimmt, die gemeinsame Beschaffung zu fördern, Lagerbestände und einsatzbereite Produktionslinien zu bilden und Aufträge für den Verteidigungsmarkt umzuwidmen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören Mehrwertsteuerbefreiungen, Zuschüsse und Darlehen.

Programm für Europäische Verteidigungsinvestitionen (European Defence Industrial Programme - EDIP):
Diese Gesetzgebungsinitiative soll eine Brücke bilden zwischen den kurzfristigen Sofortmaßnahmen (2023 angenommen und bis 2025 befristet) und einem stärker strukturell ausgerichteten und längerfristigen Ansatz. Das Programm umfasst sowohl finanzielle als auch regulatorische Aspekte. Es wird beispielsweise im Zeitraum 2025 bis 2027 insgesamt 1,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt mobilisieren, um die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Es schlägt u.a. einen neuen Rechtsrahmen für eine stärkere und einfachere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vor, außerdem ein EU-weites System, das den ständigen Zugang zu allen erforderlichen Verteidigungsgütern in Europa ermöglicht.

Mit der Verordnung soll ein Haushalt eingerichtet und eine Reihe von Maßnahmen festgelegt werden, die die industrielle Bereitschaft der Union und ihrer Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich unterstützen. Dazu soll die Wettbewerbs- und Reaktionsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) sowie deren Fähigkeit gestärkt, die rechtzeitige Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern sichergestellt und zur Erholung, zum Wiederaufbau sowie zur Modernisierung der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine beigetragen werden. Insbesondere ist vorgesehen:

- 1. die Einrichtung eines europäischen Programms für die europäische Verteidigungsindustrie, welches Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Reaktionsfähigkeit und Fähigkeit der EDTIB umfasst, wozu auch die Einrichtung eines Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich gehört.**
- 2. die Einrichtung eines Programms für die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Hinblick auf die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der technologischen und industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine.**
- 3. ein Rechtsrahmen zur Festlegung der Anforderungen und Verfahren für die Einrichtung der Struktur für ein europäisches Rüstungsprogramm (Structure for European Armament Programme, SEAP) sowie deren Auswirkungen.**
- 4. Ein Rechtsrahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, zur Beseitigung von Hindernissen und Engpässen und zur Unterstützung der Herstellung von Verteidigungsgütern**
- 5. die Einrichtung eines Ausschusses für die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich.**

<p>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):</p>	<p>Nach Auffassung des Hanseoffice enthält der Vorschlag einige streitbare Themen und es stehen vermutlich zähe Verhandlungen bevor, insbesondere, weil es zum Teil zu einer Verlagerung von Zuständigkeiten kommen könnte, die die einzelnen Mitgliedsstaaten beschneidet. Auch strittig werden Punkte sein, die bereits im Rahmen des Programms zur Steigerung der Munitionsproduktion (ASAP) abgelehnt wurden, z.B. um Produktionslinien im Krisenfall neu auszurichten. Weiterhin muss die Ausgestaltung der innereuropäischen Erwerbsquoten abgewartet werden und auch die Rolle der Ukraine als Nichtzahler, aber Profiteur, wird diskutiert werden. Angesichts der im Juni anstehenden Wahlen zum EP dürfte sich inhaltlich im Detail voraussichtlich erst das nächste EP mit der Vorlage beschäftigen.</p>
<p>Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:</p>	<p>Aus Sicht der Landesregierung Schleswig-Holstein ist die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und damit seiner Bündnispartner wichtiger denn je. Den wehrtechnischen Betrieben und ihren Zulieferern kommt damit eine wichtige verteidigungspolitische, aber auch wirtschaftspolitische Bedeutung zu. Die wehrtechnische Industrie bildet in Schleswig-Holstein eine wichtige Branche mit hoher Innovationskraft und wehrtechnischen Schlüsseltechnologien. Schleswig-Holstein setzt sich weiterhin für klare und verbindliche Regeln für Rüstungsexporte ein.</p>
<p>Zeitplan für die Behandlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc. 	